



**Anträge  
2016-2020**

**2. Kongress von  
industriAll Europe**

**Madrid  
7-9/6/2016**



## Anträge 2016-2020 von industriAll European Trade Union

Vom 2. industriAll Europe Kongress am 08. Juni 2016 verabschiedet

### Marktwirtschaftsstatus China: Nur fairer Freihandel garantiert die Zukunft der europäischen Industriebeschäftigten

Angesichts der aktuellen Diskussion über die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus an China, sieht industriAll Europe die Notwendigkeit, in dieser wichtigen Frage eine Position zu beziehen.

*„IndustriAll Europe kann sich nicht von internationalen Handelsströmen abschirmen, aber Globalisierung und internationaler Handel müssen auf eine sozial verantwortungsbewusste Art und Weise bewältigt werden. Die Globalisierung darf keine Gelegenheit bekommen, Europas sozioökonomisches Modell zu unterminieren, ArbeitnehmerInnen in eine Notlage zu bringen und die Ungleichheit weltweit zu verstärken.“* Manifest für mehr und bessere Arbeitsplätze in der europäischen Industrie, industriAll Europe (2014)

Handelspolitik ist in den letzten Jahren zu einem Topthema auf der europäischen Agenda geworden. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 erhielt die EU die ausschließliche Kompetenz in Bezug auf Handel und ausländische Direktinvestitionen. Auch die jüngste Welle bilateraler Handelsabkommen, insbesondere TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) und CETA, hat große Bedenken im Hinblick auf die Auswirkungen auf Beschäftigung und sozialen Schutz ausgelöst. Darüber hinaus hat die starke Zunahme chinesischer Importe (beispielsweise von Stahl, Aluminium, Keramik, Reifen, Papier, etc.) und die steigende Zahl von Antidumpingverfahren gegen die Volksrepublik eine lebhafte Debatte darüber angestoßen, ob die europäischen Handelsschutzinstrumente verstärkt bzw. die Sonderverfahren für subventionierte Ausfuhren sogenannter „Nicht-Marktwirtschaftsländer“ beibehalten werden sollen.

Als China im Dezember 2001 der WTO beitrug, ermöglichte eine Übergangsvereinbarung die Volksrepublik im Rahmen von Antidumpingverfahren als ein Nicht-Marktwirtschaftsland zu behandeln. Aufgrund des aktuellen Nichtmarktwirtschaftsstatus Chinas können zur Berechnung der Dumpingspanne (standardmäßig die Differenz zwischen Inlands- und Exportpreis) anstatt der Inlandspreise (die oft durch staatliche Eingriffe künstlich niedrig sind) die eines „Vergleichslandes“ herangezogen werden. Die Anwendung des Verfahrens für Länder ohne Marktwirtschaftsstatus wird in Abschnitt 15 des chinesischen WTO-Beitrittsprotokolls beschrieben, einige Bestimmungen laufen jedoch (nach 15 Jahren) per 11. Dezember 2016 aus.

#### In der Frage, ob China der Marktwirtschaftsstatus zu gewähren ist, vertritt industriAll Europe folgende Meinung:

1. Durch die Heranziehung (subventionierter) chinesischer Inlandspreise im Rahmen von Antidumpingverfahren werden die Dumpingspannen auf chinesische Produkte erheblich reduziert. Denn diese Inlandspreise sind oft nicht höher als die Ausfuhrpreise. Dies bedeutet, dass keine Dumpingspanne festgelegt und folglich auch keine Antidumpingverfahren mehr eingeleitet werden können. Dementsprechend würden die chinesischen Importe wie auch das bereits immense europäische Handelsdefizit gegenüber diesem Land weiter ansteigen. Dies stellt eine

2. Bedrohung für die Zukunft zahlreicher Schlüsselindustriesektoren in Europa dar, insbesondere derjenigen, die von der chinesischen Regierung als strategisch bedeutsam eingeschätzt werden. China eine beherrschende Stellung in einer Reihe grundlegender Industriesektoren einzuräumen, würde auch die Zukunft mehrerer vorgelagerter Sektoren bedrohen. Damit wären Hunderttausende Industriearbeitsplätze in Europa in Gefahr.
3. Das Auslaufen der vielzitierten Bestimmungen von Abschnitt 15 Buchstabe a Ziffer ii bedeutet nicht automatisch die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus an China, da die chinesischen Unternehmen und Sektoren gemäß anderen Bestimmungen des Protokolls weiterhin nachweisen müssen, dass sie in einer freien Marktwirtschaft tätig sind, andernfalls ist die Anwendung der nichtmarktwirtschaftlichen Methode, die nicht auf einem strengen Vergleich mit Inlandspreisen oder -kosten in China basiert, in Antidumpingverfahren weiter zulässig.
4. China muss nun die im entsprechenden WTO-Beitrittsprotokoll eingegangenen Verpflichtungen wie „China soll die Bestimmung der Preise der gehandelten Güter und Dienstleistungen in allen Sektoren den Marktkräften überlassen“ oder „China soll die WTO über jede Subvention unterrichten“ einhalten.
5. Die Volksrepublik muss die fünf von der EU 2001 festgelegten technischen Kriterien erfüllen (derzeit gilt das nur für ein Kriterium). Da der letzte europäische Bericht über die Fortschritte Chinas hin zu einer Marktwirtschaft aus dem Jahr 2008 stammt, muss eine Voraussetzung lauten, dass China regelmäßig Auskunft über die diesbezüglichen Fortschritte gibt. Sobald China diese Kriterien erfüllt, wird das Land berechtigt sein, auch als Marktwirtschaft zu gelten, und für die gesamte Wirtschaft des Landes wären dann nur mehr die Standard-Antidumpingverfahren anwendbar.
6. Die EU sollte davon absehen, das chinesische WTO-Beitrittsprotokoll einseitig auszulegen. Da es sich um ein internationales Abkommen handelt, muss sich die EU auf der Suche nach einer Lösung mit anderen wichtigen Handelspartnern koordinieren. Letztlich kann jedoch nur die WTO eine endgültige und umfassende Interpretation abgeben.
7. China jetzt den Marktwirtschaftsstatus zu gewähren, steht im Widerspruch mit unseren Grundprinzipien des fairen Handels:
  - China achtet weder die Koalitionsfreiheit noch das Vereinigungs-, Streik- und Tarifverhandlungsrecht. Für industriAll Europe ist es inakzeptabel, dass die Nichtachtung grundlegender Arbeitnehmerrechte in China einen Abbau von qualitativen Arbeitsplätzen in Europa zur Folge hat.
  - China achtet Rechte zum Schutz geistigen Eigentums nicht.
  - Die Verlagerung der Industrieproduktion von hoch energie- und ressourceneffizienten Anlagen in den kohlebasierten chinesischen Wirtschaftsraum steht im Widerspruch mit den europäischen Klimazielen.
  - Für industriAll Europe ist es nicht hinnehmbar, dass China europäische Arbeitsplätze vernichtet, indem es seine Überkapazitäten zu Preisen exportiert, die unter den eigenen Verarbeitungskosten liegen, bzw. seine Unternehmen künstlich am Leben erhält und so Umstrukturierungen nach Europa exportiert.

**Aus all diesen Gründen fordert industriAll Europe die Europäische Kommission unter Einhaltung aller europäischer Rechtsvorschriften und internationaler Abkommen auf:**

1. sicherzustellen, dass die von der EU-Kommission angekündigte Folgenabschätzung alle sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Auswirkungen der Gewährung des Marktwirtschaftsstatus an China umfassend berücksichtigt und genutzt wird, um eine öffentliche Debatte über die Folgen anzustoßen;
2. die bestehenden Handelsschutzinstrumente zu verstärken, um die Zukunft der europäischen Industrie zu sichern (und zur Unterstützung des europäischen Ziels, den BIP-Anteil der Industrie in der EU wieder auf 20 % zu erhöhen);
3. einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die Handelsschutzinstrumentarien gestärkt und die Antidumping- und Antisubventionsverfahren beschleunigt werden können und nach einem gegenseitigen Einvernehmen zu suchen, wenn es um die Akzeptanz des Vorschlags durch China als Voraussetzung für die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus an China in bilateralen Verhandlungen geht.
4. eine wirksame Methode zu entwickeln, die nicht auf chinesischen Inlandspreisen beruht und mit der die tatsächliche Dumpingspanne Chinas aufgedeckt werden kann;

5. eine Methode und ein transparentes Verfahren zu entwickeln, die chinesischen Wirtschaftssektoren und einzelnen Unternehmen den Nachweis ermöglichen, dass für ihre Tätigkeit marktübliche Regeln gelten; in diesem Fall kommt dann das Standard-Antidumpingverfahren zur Anwendung;
6. auf sektoraler Basis und Fall für Fall festzulegen, ob marktwirtschaftliche Prinzipien herrschen;
7. China nicht nur dazu zu drängen, seine staatlichen Subventionsprogramme, die Überkapazitäten erzeugen, in Einklang mit der WTO zu bringen, sondern auch seine sozialen und arbeitsrechtlichen Bedingungen sowie die Umweltstandards zu verbessern, um jegliches Sozial- und Umweltdumping zu verhindern;
8. eng mit China zusammenzuarbeiten, um die Rechte an geistigem Eigentum (Urheber-, Marken- und Patentrechte) ordnungsgemäß um- und durchzusetzen, denn Handel mit gefälschten Waren ist nicht nur kriminelles Handeln, sondern führt auch zu Verzerrung und betrifft den Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltschutz.

IndustriAll Europe wird ihren Widerstand gegen die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus an China aufrechterhalten und sieht die Erfüllung der oben genannten Kriterien als Vorbedingung an.

IndustriAll Europe ruft die EU-Mitgliedstaaten, die den Vorschlag der EU-Kommission zur Reform der Handelsschutzinstrumente blockieren, insbesondere Großbritannien und die Niederlande, außerdem auf, ihre Positionen aufzugeben und vor allem der Streichung der Regel des geringsten Zolls („lesser duty rule“) zuzustimmen.

**Da die Zeit bis Dezember 2016, dem Ablauf der Frist, drängt und aufgrund der Bedeutung dieser Frage für die Zukunft vieler unserer Industriesektoren fordert der Kongress den Ausschuss Industriepolitik auf, die nächsten Schritte des Entscheidungsprozesses genau zu beobachten: die Folgenabschätzung, die politischen Vorschläge der Kommission und die Diskussionen im Rat sowie im Europäischen Parlament. Er fordert den Ausschuss Industriepolitik auf, sich aktiv an den Diskussionen zu beteiligen und unsere Positionen und Vorschläge entsprechend weiterzuentwickeln.**